

29.01.2021

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 4807 vom 5. Januar 2021
des Abgeordneten Alexander Vogt SPD
Drucksache 17/12252

Wie hält es der Ministerpräsident und Medienminister Laschet mit dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Vorbemerkung der Kleinen Anfrage

Wie das Nachrichtenportal Spiegel Online am 15. Dezember 2020 berichtete, hat der „Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern“ der CDU Deutschlands in einem Papier für das Bundestags-Wahlprogramm der Partei den Vorschlag unterbreitet, die öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten langfristig und schrittweise zu privatisieren.

Leider hat der Ministerpräsident in der letzten Plenardebatte vor Weihnachten zu diesen Vorschlägen keine Stellung bezogen, obwohl ihn Thomas Kutschaty als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion in seiner Rede dazu ausdrücklich aufgefordert hatte. Armin Laschet gab somit wieder einmal kein Bekenntnis zum Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ab.

Der Landtag NRW hat jedoch ein Recht zu erfahren, wie der Ministerpräsident und Medienminister des Landes, der sich gleichzeitig um den Bundesvorsitz der CDU bewirbt, diese Vorschläge bewertet.

Die Tageszeitung „Die Welt“ hat am 27. Dezember 2020 zudem berichtet, dass auch die Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) der CDU/CSU den öffentlich-rechtlichen Rundfunk radikal beschneiden und große Teile des Programms privaten Anbietern überlassen will.

All diese Vorschläge von wichtigen Gremien der Regierungspartei CDU hätten bei Umsetzung gravierende Auswirkungen auf den Westdeutschen Rundfunk (WDR), seine Beschäftigten und die nordrhein-westfälische Medienlandschaft.

Der Ministerpräsident hat die Kleine Anfrage 4807 mit Schreiben vom 25. Januar 2021 namens der Landesregierung beantwortet.

1. **Wie bewertet Ministerpräsident und Medienminister Armin Laschet die Vorschläge einer Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks?**
2. **Welche Auswirkungen hätte aus Sicht der Landesregierung die Umsetzung der Vorschläge des Bundesfachausschusses Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern der CDU bzw. der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU auf den WDR?**
3. **Wann bzw. in welcher Weise hat sich der Ministerpräsident und Medienminister Armin Laschet zu den Vorschlägen des Bundesfachausschusses Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern der CDU und der Mittelstands- und Wirtschaftsunion der CDU/CSU geäußert?**
4. **Warum vermeidet der Ministerpräsident und Medienminister Armin Laschet Stellungnahmen zu für NRW medienpolitisch sehr relevanten Themen (z. B. Zurückziehen des Rundfunkstaatsvertrags durch seinen CDU-Parteifreund und Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Vorschläge relevanter CDU-Gremien zur Privatisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und des WDR)?**
5. **Steht der Ministerpräsident und Medienminister Armin Laschet auch zukünftig zu einem öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dessen Programmauftrag Information, Bildung, Kultur, Unterhaltung und Sport in Hörfunk, TV und Online umfasst?**

Die Fragen 1 bis 5 werden aufgrund des Sachzusammenhangs gemeinsam beantwortet.

Bei dem vonseiten der Presse aufgegriffenen Papier handelte es sich nach Kenntnis der Landesregierung um den Vorschlag eines einzelnen Mitglieds einer AG des Bundesfachausschuss Wirtschaft, Arbeitsplätze, Steuern der CDU Deutschlands, welcher im Rahmen der Beratung im Ausschuss verworfen worden sein soll. Eine konkrete Stellungnahme dazu erübrigt sich schon insofern, als dass die Landesregierung parteiinterne Vorgänge nicht kommentiert.

Die Landesregierung hat sich stets und öffentlich zu einem starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk bekannt. Sie tut dies auch weiterhin.

Gerade mit Blick auf die besondere Rolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks und die sich wandelnden Anforderungen erscheint es aus Sicht der Landesregierung umso wichtiger, ihn zukunftsfähig fortzuentwickeln. Die Landesregierung unterstützt daher die Arbeit im Kreis der Länder zu einer Reform des Auftrages und zur Strukturoptimierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, wie sie vonseiten der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder angestoßen ist.